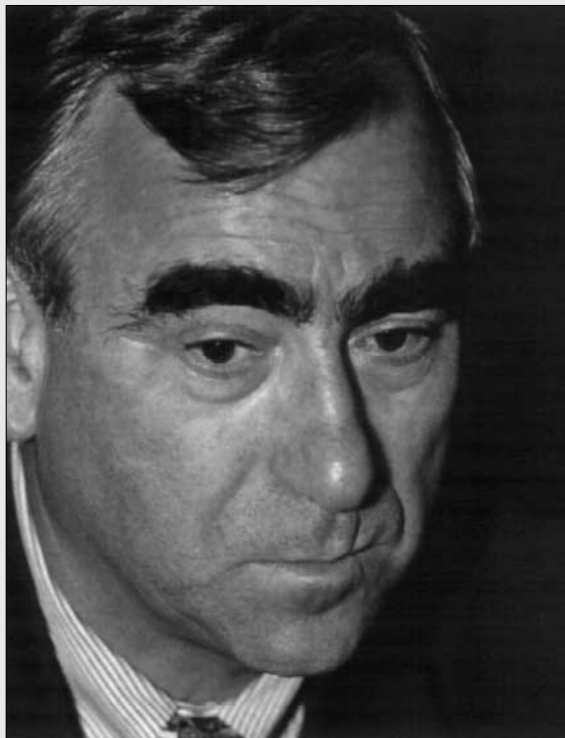


Solidarität

Schutz für Waigel

Bundeskanzler Helmut Kohl muß sich Klagen über den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble anhören. So beschwerte sich kürzlich CSU-Chef Theo Waigel beim Kanzler, Schäuble unterminiere mit kaum verhüllter Kritik an seinen Fähigkeiten als Finanzminister Waigels Autorität in der CSU und im Bonner Kabinett. Schäuble habe ihn, etwa bei der Kindergeldreform, zu Vorschlägen veranlaßt, mit denen er jetzt in der Kritik allein stehe.

Der CSU-Chef gab dem Kanzler zu verstehen, Schäuble arbeite mit seinen Angriffen dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber in die Hände: Der laudere nur darauf, auch den Parteivorsitz an sich zu reißen. Je schwächer er dastehe, so Waigel, desto eher werde Stoiber versucht sein, schon beim nächsten Parteitag im Herbst die ganze Macht in der CSU für sich zu verlangen. Es könne ja auch nicht in Kohls Interesse liegen, wenn



Waigel

der CSU-Vorsitzende nicht mehr im Bonner Kabinett sitze.

Kohl versprach Schutz. Auf Waigels Einsprüche hin verhinderte der Kanzler, daß Schäuble am Finanzminister vorbei ein Konzept für eine ökologische Steuerreform vorlegte.

Vor der Bundestagsfraktion rief Kohl zur Solidarität mit Waigel auf, weil der es „unheimlich schwer“ habe. Und in der letzten Sitzung des CDU-Bundesvorstands polterte der Kanzler dann: Der Finanzminister werde „nicht im Regen stehengelassen“. „Nicht mit mir! Nicht mit mir!“ Schäuble, der wußte, wem die Kritik galt, verzichtete auf Widerrede und verließ die Sitzung vorzeitig.

M. RÜCKER / TRANSIT

Ozon

Reines Placebo

Im Sommer wird Ozonsmog wahrscheinlich die Republik spalten: hier Tempolimit und Fahrverbot, dort freie Fahrt trotz ätzender Luft. Der Grund

dafür ist der Entwurf für eine Ozon-Verordnung von Umweltministerin Angela Merkel (CDU), den die SPD-Mehrheit im Bundesrat ablehnen will. Die Sozialdemokraten sehen in dem Merkel-Werk ein „reines Placebo“ (Hamburgs Umweltsenator Fritz Vahrenholt), weil der Grenzwert für das krebserregende Reizgas mit 270 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft für ein begrenztes Fahrverbot viel zu hoch angesetzt sei. Nach Statistiken des Umweltbundesamtes wären die komplizierten Bedingungen für das Merkel-Fahrverbot selbst im Supersommer 1994 nicht ein einziges Mal erfüllt worden. Nun wird es in den CDU-regierten Ländern voraussichtlich überhaupt keine Regelung geben, die SPD-geführten Länder werden zur Selbsthilfe greifen. Sie wollen noch im Juni gleichlautende Verordnungen in Kraft setzen, die Tempolimits ab 180 Mikrogramm Ozon und Fahrverbote ab 240 Mikrogramm vorsehen. Offen ist, ob sich das von einer Großen Koalition regierte Baden-Württemberg daran beteiligt. Mit der CDU-Opposition in Hessen hat sich der erste christdemokratische Landesverband inhaltlich bereits der SPD-Initiative angeschlossen.

SPD

Dramatische Fehler

Der Verlust der absoluten Mehrheit im Landtag hat die nordrhein-westfälische SPD in eine schwere Krise gestürzt. Führende Sozialdemokraten werten die Wahl des früheren Umweltministers Klaus Matthiesen, 54, zum Fraktionsvorsitzenden als „Desaster für die Parteispitze“. Matthiesen war zunächst von Verkehrsminister Franz-Josef Kniola vorgeschlagen worden. Die Genossen zweifelten jedoch, ob der profilierte Grünen-Gegner der richtige Mann für die Schaltstelle einer möglichen Koalition mit den Bündnis-Grünen sein könne. Das Kabinett mit Ministerpräsident Johannes Rau an der Spitze sowie die vier SPD-Bezirksvorsitzenden drängten Kniola deshalb zur Gegenkandidatur. „Dramatische Regiefehler“ (ein SPD-Vorstandler) bei der Präsentation des blassen Verkehrsministers führten am vergangenen Mittwoch aber zu einer knappen Mehrheit (54:49) für Matthiesen. Die Panne hat Folgen: Der neue Fraktionschef, der sich mit einer Reihe von Skandalen in seinem Ministerium bereits um die Kronprinzenrolle gebracht hatte, könnte jetzt nach Einschätzung eines Düsseldorfer Spitzengenossen das „erkennbare Führungsvakuum“ ausfüllen: „Matthiesen ist wieder im Rennen um die Rau-Nachfolge.“

